

Dasselbe in Grün

An der Regierung unterwerfen sich die Grünen nicht nur der Politik der ÖVP, sie treiben sie auch aktiv voran. Kürzungspolitik, Rassismus und autoritären Umbau gibt es jetzt also auch auf Bundesebene in Grün, nachdem die Grünen auf Landesebene schon lange bewiesen haben, dass sie dieselbe Politik wie alle machen.

Seite 2

USA: Mieten-Massenstreik

Die USA wurden besonders schwer von der Krise getroffen. Millionen haben ihre Jobs verloren und können keine Miete mehr zahlen. Diese Not verwandeln nun viele in eine Waffe: Sie organisieren sich und bestreiken die Miete. Sozialist*innen von Socialist Alternative (ISA USA) spielen dabei eine führende Rolle und berichten von der sich entwickelnden Bewegung.

Seite 12

Schwerpunkt

Die schwerste Wirtschaftskrise seit 1929 ist da – ausgelöst und verstärkt, aber nicht verursacht, von Corona. Sie ist das Resultat der Grundwidersprüche des Kapitalismus.

Seiten 7-10



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische Linkspartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die sozialistische Zeitung seit 1983 Nr. 286 | 06.20

Geld für Gesundheit statt Profit für Reiche!

Während sich die Regierung im Blitzlicht ihrer Pressekonferenzen sonnt und sich für ihre Corona-Krisenpolitik selbst feiert, pfeift das Gesundheitssystem aus dem letzten Loch.

Alleine um die aktuelle Qualität von Versorgung sicherzustellen, wären Milliarden-Investitionen nötig. Dass es (noch) nicht zu einem Kollaps wie in Italien oder den USA gekommen ist, liegt nur daran, dass das Kaputtsparen hier noch nicht so weit fortgeschritten ist. Doch die Richtung ist die gleiche. Das Gesundheitssystem in Österreich



zeitig gehen Steuereinnahmen zurück. Bürgerliche Regierungen greifen da immer auf die gleichen Mittel zurück: Kürzungen bei uns, den Arbeiter*innen, Pensionist*innen und Jugendlichen. Der Sozial- und Gesundheitsbereich ist dabei schon fast traditionell eines der ersten Angriffsziele, das wird dieses mal nicht anders sein. Die SLP wird nicht darauf warten: Wir gehen in die Offensive, nicht nur um die Verschlechterungen zu verhindern, sondern auch, um Fortschritte zu erkämpfen

Till Ruster

Für ein ausfinanziertes Gesundheitssystem im Interesse von Beschäftigten und Patient*innen.

läuft schon seit Jahren nur mehr auf Kosten der Gesundheit der Beschäftigten und der Patient*innen. Die Personaldecke wird jährlich geringer und die Aufgabenlisten immer länger. Gleichzeitig wächst der private Ge-

sundheitsmarkt rasant: Zum Einen schaffen sich die Reichen ihr eigenes, paralleles System, zum Anderen müssen auch normale Patient*innen immer öfter Leistungen privat finanzieren. In dieser Situation – und

noch während die Corona-Krise in vielen Ländern zahlreiche Menschenleben fordert – kommen aus der ÖVP Vorschläge für weitere Kürzungen im Gesundheitssystem, wie seitens der Ex-Gesundheitsmi-

nisterin Rauch-Kallat. Ob öffentlich angekündigt oder wie so oft im Stillen: Wir werden mehr solcher Vorstöße erleben. Alle etablierten Parteien, egal ob in Bundes- oder Landesregierung werden diese Angriffe mittragen. Wir steuern auf eine der größten Wirtschaftskrisen der Geschichte zu.

Schon jetzt wurden unvorstellbare Summen in Rettungspakete für Konzerne investiert, gleich-

Die SLP fordert:

- Milliarden für Gesundheit und Soziales, die Reichen sollen zahlen!
- Ausgelagerte Bereiche zurück in öffentliche Hand!
- Geplante Produktion im Gesundheitsbereich unter Verwaltung der Beschäftigten und Betroffenen!



Von Sonja Grusch Die EU handelt sich von Krise zu Krise. Sie wird auch die aktuelle überstehen – und gleichzeitig auch nicht. Auf Dauer konnte das Projekt EU nicht funktionieren, weil es die Regierungen jedes Landes daran hindert, im Krisenfall das Optimum für den eigenen Wirtschaftsstandort zu tun (Stichwort: Abwertung, Subventionen, Steuergeschenke, Zerschlagung von Umwelt- und Arbeitsstandards). Diese Widersprüche waren immer da, konnten aber im Zaum gehalten werden, solange das „gemeinsame“ Interesse größer war. Doch nun stehen wir am Beginn einer dramatischen Wirtschaftskrise. Die Widersprüche werden schlagend. Daran ändern Konferenzen, Deals und Maßnahmenpakete nichts Grundlegendes. Die EU ist ein Minenfeld: Hilfszahlungen oder Kredite? Mit oder ohne Bedingungen? Und wo soll das Geld dafür herkommen? Wer hat in der Re-Industrialisierung die

Von Totgesagten, Stehaufmännchen und Zombies

Nase vorne? Anlehnen an China, Russland oder doch die USA? Wie stark soll der Euro sein?

Die verkündeten EU-Maßnahmen sind v.a. eine Kombination von neuen Mascherln auf alten Töpfen und neuen Krediten, die dann aber auch zurückgezahlt werden müssen. Und viel ist noch offen – muss also noch verhandelt werden. Und da werden die Konflikte zunehmen. Nein, die EU wird daran nicht sofort zerbrechen. Aber der Riss zwischen in der bisherigen Achse Deutschland-Frankreich ist trotz jüngstem Pakt zwischen Macron und Merkel nur schwer zu übersehen. In der zweiten Jahreshälfte wird Deutschland der EU vorstehen, dazu kommt Kommissionspräsidentin Von der Leyen – der Europäischen Zentralbank aber steht eine Französin vor. Viel weiterer Sprengstoff liegt in dieser Konstellation. Denn bürgerliche Politiker*innen und Regierungen haben eine zentrale Aufgabe: das beste für „ihr“ Kapital rauszuholen. Gegen die Arbeiter*innenklasse sowieso, und notfalls auch gegen das Kapital anderer Staaten. Die Spiele sind eröffnet...

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 2345 Brunn am Gebirge
Herstellungs- und Verlagsort: Wien | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 256000000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

Weder Klimaschutz noch Antirassismus

Koglers Kuhhandel „Tausche Rassismus gegen Klima“ ist nicht nur ultra-zynisch, sondern auch gelogen. Denn der Klimarteil im Regierungsprogramm besteht zum großen Teil aus unkonkreten Willensbekundungen, aufgeschobenen Agenden wie die der „ökosozialen Steuerreform“ (geplant 2022) und aus Zielen, die viel radikalere Schritte benötigen würden. Bei den meisten Vorhaben ist völlig unklar, wie sie fi-

nanziert werden sollen. Generell setzt das Konzept darauf, mit Steuergeld Geschenke an Unternehmen zu verteilen, die sich einen grünen Anstrich geben. Die Auseinandersetzung mit den großen umweltzerstörenden Konzernen bleibt völlig aus, dafür wird alles „dem Markt“ überlassen. Wie viele Krisen sind noch nötig, um klar zu machen, dass „der Markt“ nicht die Lösung, sondern das Problem ist?



Dasselbe in Grün

„There is no alternative“, ein Satz der Galionsfigur des Neoliberalismus Margaret Thatcher hat am letzten Bundeskongress der

Klimazerstörung und Sozialabbau? Fehlanzeige! Mit dem Regierungsprogramm stimmten die Grünen dem rassistischen Programm

An der Regierung tragen die Grünen Rassismus, Kürzungen und autoritären Umbau mit – das Klima muss warten.

Grünen eine absurde Renaissance gefunden. 93 % stimmten für das türkisch-grüne Koalitionsabkommen und bewiesen damit, wie sehr diese Partei als gesamtes bereit ist, den Kapitalismus mitzuverwalten und wie wenig Perspektiven für echte Veränderung sie hat. Die Grünen – eine Alternative zu Rassismus,

von Kurz sowie seiner Kürzungsagenda vollinhaltlich zu. Ein halbes Jahr Regierungsarbeit und drei Monate Corona-Krise bestätigten das: Die Grünen beugen sich nicht nur widerspruchslos der ÖVP, sondern auch der kapitalistischen Logik.

Als im Sozialbereich eine Streikbewegung für echte Arbeitszeitverkürzung

kämpfte, fiel ihr der grüne Sozialminister Anschöber mit der Idee einer stufenweisen „leichten“ Reduzierung in den Rücken, welche die Bosse gerne aufnehmen. Viele Aktivist*innen fühlen sich jetzt zu recht verraten. Milliarden-Geschenke für Konzerne waren schon vor Corona geplant, während der Sparkurs im Gesundheitssystem munter weitergeht. Beim Abbau von demokratischen Rechten in der Corona-Krise widersprachen die Grünen nicht nur nicht, sie erwiesen sich teilweise als dessen Vorkämpfer*innen. Die Grünen bremsen den autoritären Umbau nicht, sondern stellen sich als Steigbügelhalter*innen für neoliberale und rassistische Politik zur Verfügung.

Jan Millonig



Die Grünen im Amt – Verwalten statt Umbauen

Seit 2003 beweisen die Grünen in zahlreichen Koalitionen auf Landesebene (vor allem mit der ÖVP), dass sie bereit sind, mit neoliberaler Logik das System mitzuverwalten. 12 Jahre lang regierte Anschöber gemeinsam mit Pühringer (ÖVP) in Oberösterreich. Neben dem größten Sparpaket im Krankenhauswesen in der 2. Republik mit der Streichung von fast 800 Betten trugen die Grünen auch Kürzungen im Sozi-

albereich mit. Eine ähnliche Spitalsreform setzte auch die rot-grüne Stadtregierung in Wien um. Seit 2013/2014 sind die Grünen auch in Kärnten, Tirol, Vorarlberg und Salzburg in Landesregierungen. In Tirol kürzte LH-Stellvertreterin Felipe (Grüne) die Mindestsicherung. In Kärnten ließ die Koalition aus SPÖ, ÖVP und Grünen die Bevölkerung für das Hypo-Desaster zahlen, inklusive Kürzungen im öffentlichen Sektor.



Mehr Geld statt nur Applaus!

Bei vielen Beschäftigten kam das als blanke Verhöhnung an. Genau die, die da das Loblied gesungen haben, sind für die

mangelt am Nötigsten: Professionelle Schutzausrüstung ist bis heute nicht genug vorhanden. Beschäftigte in den

Was es wirklich braucht, ist schlicht mehr Geld. Der Mangel bei den Pflegekräften hängt direkt mit der schlechten Be-

ge der Sparpolitik der letzten Jahrzehnte.

Die öffentliche Hand hat nicht genug investiert und gleichzeitig den gesetzlichen Rahmen geschaffen, um immer mehr Leistungen auszulagern und schleichend zu privatisieren. Längst ist es nicht mehr nur die Pharmaindustrie, die im Gesundheitssystem gigantische Profite macht. Mehr Geld vom Staat alleine wird das Problem also auch nicht lösen: Es braucht einen vernünftigen Plan, erarbeitet und umgesetzt von den wahren Expert*innen, den Beschäftigten im Gesundheitssystem und Patient*innenverbänden.

Till Ruster

*Das Lob der „Corona-Held*innen“ wurde bei der Regierung zur Begrüßungsformel bei Medienterminen.*

Einsparungen und extra Belastungen der letzten Jahre verantwortlich. Die Kürzungen bei der AUVA durch Schwarz-Blau, Spitalschließungen mit grüner Regierungsbeteiligung in den Ländern, Verschlechterungen bei der Arbeitszeit... Die Regierungsparteien sind der Feind der „Corona-Held*innen“ in den Spitälern, das lässt sich durch noch so viel Lob nicht ändern. Denn es

Spitälern mussten zum Teil ihre Einweg-Masken zu Dienstschluss in den Spind geben, um sie die ganze Woche weiter zu tragen. Wegen solcher „Sparsamkeit“ liegt die Corona-Todesrate unter Gesundheitsbeschäftigten weltweit so hoch. Corona hat den Scheinwerfer auf die Probleme im Gesundheitssystem gerichtet, die es aber schon seit Jahrzehnten gibt.

zahlung und den miesen Arbeitszeiten zusammen.

In den letzten Jahren gab es viele Proteste gegen diese Missstände, z.B. rund um den Wiener KAV. Auch Ärzt*innen waren auf der Straße, um für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Dieser Kampf geht uns alle sehr direkt an: Lange Wartezeiten auf OPs, Rehaplätze oder Untersuchungen sind eine Fol-

Der rechte Rand

Die Corona-Krise bestätigt, worum es der extremen Rechten mit ihrem Gerede von „Volk“ und „natürlichen Gesetzen“ eigentlich geht. Dabei haben es diese Ideolog*innen gerade mit den Naturwissenschaften nicht so. Darwin legte 1859 mit der Veröffentlichung von „Über die Entstehung der Arten“ den Grundstein der Evolutionsbiologie. Dem folgten über 160 Jahre Forschung bezüglich der Entwicklung von Leben und Lebensformen sowie der Wechselwirkungen von Evolutionsfaktoren und Umwelt. Nirgendwo geht es darum, dass ein Löwe ins Fitnessstudio geht, um stärker zu werden. Nirgendwo liest man, dass man nach den „Gesetzen der Natur“ einen verletzten oder verletzlichen Menschen liegen lassen sollte, weil er/sie schwach sei. Nirgendwo gibt es eine wissenschaftliche Substanz für „sozialdarwinistischen“ Rassismus-Müll.

Der republikanische Vizegouverneur von Texas, Dan Patrick, gewinnt wohl den Idiotie-Preis für Sozialdarwinismus: „Es gibt wichtigeres als Leben.“ In Deutschland sorgt sich die AfD ebenso um das „Wiederhochfahren unserer Wirtschaft“ wie hierzulande die FPÖ. Wessen Wirtschaft? Könnte es sein, dass das ganze Geschwafel von „Volk“ und „dem Stärkeren“ nur den kapitalistischen Profiten dienen soll?

Die „Herde“, um die es beim epidemiologischen Begriff der Herdenimmunität geht, ist übrigens die Weltbevölkerung. Jeder nationalistische Ansatz eines Krisenmanagements ist von vornherein ungenügend. Internationalismus und Anti-Rassismus sind in Verbindung mit der Überwindung des Profitsystems Kapitalismus die Problemlöser.

Franz Neuhold

Was es wirklich braucht

Mehr Personal im Spital! Während Corona geht es viel um (Intensiv-) Bettenanzahl, und ob diese ausreicht. Ein Bett ohne Pflegepersonal ist aber natürlich wertlos.

Daran mangelt es aber schon im „Normalmodus“. 20% mehr Personal in der Pflege fordert etwa die Gewerkschaft Younion, um die ärgsten Lücken zu stopfen. Die Arbeit ist extrem belastend. Lange Schichten und Einspringen sind an der

Tagesordnung. Auch das macht den Gesundheitsbereich zu einer Burnout-Branche.

Es braucht also deutlich mehr als diese 20%, denn eine Arbeitszeitverkürzung mit entsprechendem Personalausgleich ist überfällig! Mehr Lohn und bessere Arbeitszeiten: So wird auch der Beruf wieder attraktiver für Junge und er lässt sich tatsächlich bis zur Pension ausüben.

Keine Kosten für die Patient*innen! Tagespauschale im Spital, Rezeptgebühren... Gesundheit kostet viel, viel Geld. 16% der Bevölkerung leiden z.B. unter Heuschnupfen, alle Medikamente dagegen sind selber zu bezahlen. Die Versicherungsbeiträge zahlen nicht die Arbeitgeber*innen. Das sind Anteile unserer Löhne, die wir erarbeiten. Alle Gesundheitskosten müssen von der Kasse übernommen werden, ohne steigende Beiträge für Beschäftigte!

Keine Profite mit Krankheit! 16,5% der Bruttowertschöpfung in Österreich erfolgt in der Gesundheitsbranche. Milliardensummen fließen in Dividenden und private Taschen. Gesundheit ist so zentral wie die Wasserversorgung: Sie darf auf keinen Fall Profitzwängen unterworfen sein! Im Gegenteil: Die Kosten für eine wirklich gute Versorgung müssen wir über die Vermögen der Reichen finanzieren!

Bosse sind keine Corona-Hawara

Österreichs Gewerkschaften haben ein massives Demokratiedefizit. Die Mitgliedschaft wird bei wichtigen Entscheidungen nicht um ihre Meinung gefragt. Stattdessen biedern sich die Funktionär*innen bei Regierung und Bossen an, üben den nationalen Schulterschluss. Das liegt in der DNA des ÖGB und seiner Einzelgewerkschaften. Seit Ende des zweiten Weltkriegs sieht man sich als Verhandlungs-, nicht als Kampforganisation.

Doch das wird zunehmend schwierig, beziehungsweise unmöglich. Der Spielraum, über Verhandlungen Brotkrumen vom Tisch der Unternehmer*innen abzubekommen, ist in den letzten Jahrzehnten immer kleiner geworden. Nach der nie ganz überwundenen Krise 2008 droht jetzt eine neue Weltwirtschaftskrise.

Das Handeln der Gewerkschaften in der Coronakrise ist widersprüchlich. Einerseits werden der Corona-Tausender und eine Millionärsteuer gefordert. Andererseits setzt man ohne Not einen Dreijahresabschluss im privaten Pflege- und Sozialbereich durch, welcher keine der Forderungen, insbesondere die 35-Stundenwoche, erfüllt. Angesichts der über 600.000 Arbeitslosen fordern die Gewerkschaften einerseits richtigerweise die Erhöhung des Arbeits-

losengeldes, ohne jedoch andererseits um den Erhalt der von Einsparungen betroffenen Jobs zu kämpfen, zum Beispiel bei der APA.

Es ist gut, wenn Gewerkschaften Forderungen aufstellen, auch wenn sie längst nicht weitreichend genug sind. Das ist auf jeden Fall besser als die ersten Wochen nach Beginn der Corona-Epidemie, als die Gewerkschaften völlig unkritisch mit den Unternehmerverbänden zusammenarbeiteten. Jetzt wächst der Druck in Betrieben und der Mitgliedschaft. Also werden wieder Forderungen aufgestellt.

Doch Forderungen alleine reichen nicht. Sie müssen im Betrieb und auf der Straße durchgesetzt werden. Dafür braucht es eine Kampfstrategie. Vergangene Erfahrungen lassen kaum Vertrauen aufkommen: Beim 12-Stundentag der schwarz/blauen Regierung mobilisierte der ÖGB erst zu Massendemos – und gab dann einfach auf!

Das darf sich mit Corona nicht wiederholen. Dafür braucht es die Wachsamkeit und Selbstorganisation der Kolleg*innen in den Betrieben. Sie müssen die Kontrolle über ihre eigenen Arbeitskämpfe haben. Demokratische Gewerkschaften müssen von unten durchgesetzt werden. Denn Bosse sind keine Corona-Hawara.

Christian Bunke



Arbeitskämpfe während Corona?

Weil es keinerlei arbeitsrechtlichen Schutz, sondern lediglich die Corona-Guideli-

Hier können internationale Beispiele (siehe unten) helfen. So sind Straßenprotes-

Angesichts von Corna ist es wichtig, zu kämpfen – aber wie, ohne Kolleg*innen in Gefahr zu bringen?

nes und die Fürsorgepflicht gibt, werden immer mehr Beschäftigte zurück an ihre Arbeitsplätze gezwungen – oder mussten sowieso die letzten Wochen immer zur Arbeit gehen. Gerade jetzt ist es wichtig, gegen Angriffe und für Verbesserungen zu kämpfen (siehe links) – doch wie, ohne Kolleg*innen zu gefährden?

te eine Möglichkeit, Menschen über den eigenen Kampf zu informieren und sie können in Kombination mit Sozialen Medien zu großer Solidarisierung führen – Kundgebungen & Demos gehen auch Corona-sicher – mit Sicherheitsabstand, Masken & Co. Über Gruppen in sozialen Medien lassen sich Aktionen planen,

weitere Schritte diskutieren und Solidaritäts-Aktionen koordinieren. Auch Streiks können mit möglichst geringer Ansteckungsgefahr organisiert werden: Zu Beginn der Corona-Krise beteiligten sich Tausende an – teils wilden – Streiks gegen verantwortungslose Chef*innen, für Schutzausrüstung und ähnliches – und halfen damit sogar, die Ausbreitung einzudämmen. Nicht nur, da die Ansteckungsgefahr im Freien niedriger und Social-Distancing einfacher ist als in Fabriken oder Büros, sondern auch, weil oft erst so Schutzmaßnahmen erkämpft werden konnten.

Moritz Bauer

Kurznachrichten aus Betrieb & Gewerkschaft

+ Irland

Mitte April kündigte die bekannte Kaufhauskette Debenhams während des Lockdown 1.200 Arbeiter*innen, und das kurz nachdem es geheißen hatte, alle Jobs seien sicher. Die Kolleg*innen organisierten daraufhin mit Unterstützung der Socialist Party (ISA Irland) Proteste, konnten so in den (sozialen) Medien auf sich aufmerksam machen und eine Welle der Solidarität auslösen. Unsere zentrale Forderung: Debenhams vergesellschaften!

+ Streiken rettet Leben!

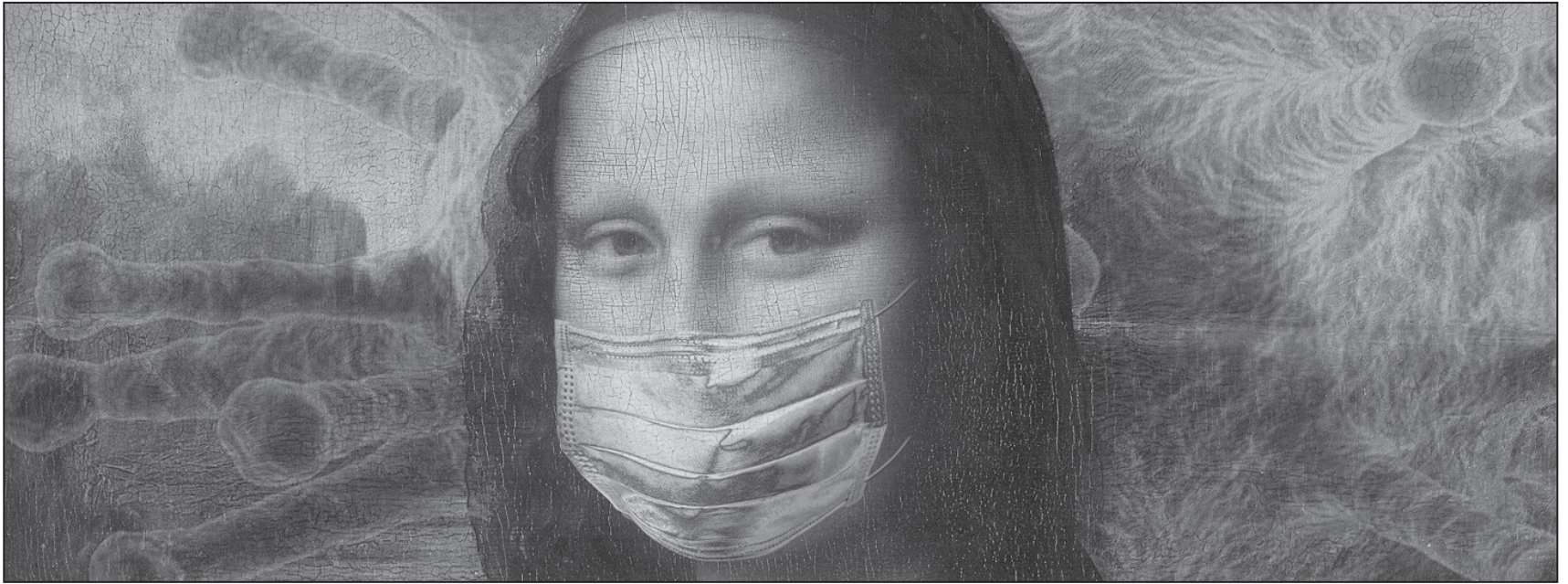
5.000 Beschäftigte im baskischen Mercedes-Werk und Arbeiter*innen in verschiedenen Fabriken in Italien, in Logistikzentren und im Hafen von Genua, sowie Arbeiter*innen in einem belgischen Audi-Werk streikten Mitte März angesichts von Corona für ihr Recht auf Gesundheit. Dieses mussten sie gegen den Willen der Konzern-Bosse durchsetzen, denn die wollten die Produktion weiterlaufen lassen. In der Zeitung des italienischen Unter-

nehmensverbands Confindustria meinte etwa eine Kommentatorin: „Die Produktionsunterbrechung wäre ein schlimmer Fehler, das würde unseren Tod bedeuten. [...]“, ganz nach dem kapitalistischen Mantra, wie es Marx formulierte: „akkumuliere oder stirb“. Auch in Österreich streikten am 18. März 200 Arbeiter*innen in einer Fabrik nahe Linz für zwei Stunden gegen das „unverantwortliche Verhalten der Firmenleitung“.

+ Die Virus-Gewerkschaft

In Russland gründeten Aktivist*innen der Sozialisticheskaya Alternativa (ISA Russland) eine „Virus-Gewerkschaft“, nachdem immer mehr Arbeitgeber*innen trotz Corona keinerlei Schutzmaßnahmen umsetzten. Über ein Social-Media-Formular wurden sie binnen weniger Tage mit hunderten Anfragen überhäuft – von Arbeiter*innen, die ohne MNS-Maske, Handschuhe, etc. arbeiten mussten, deren Gehalt im Home-Office gekürzt wurde oder

die illegal gekündigt wurden. Neben der Unterstützung bei rechtlichen Fragen, konnten sie über öffentlichen Druck bei mehreren Unternehmen die Bereitstellung von Schutzausrüstung erreichen. Die Virus-Gewerkschaft unterstützt aktiv Kolleg*innen bei Streiks und in Auseinandersetzungen. Ein weiterer Fokus liegt darauf, Kolleg*innen zu vernetzen, um gemeinsame Aktionen zu organisieren und damit Verbesserungen zu erkämpfen.



Geld für Kunst statt für Konzerne!

Die meisten Künstler*innen verdienen aus ihrer künstlerischen Tätigkeit weniger als 10.000€ pro Jahr, während wenige „Stars“ ein viel-

Wien der PAKT formiert, der aus 15 Klein-, und Mittelbühnen besteht. Sie fordern mehr Geld für die „kleinen Kulturhäuser“ und ein Ende

Abendgag klingt zwar nicht schlecht, sind jedoch bei 3 Vorstellungen im Monat, während die Choristen nirgendwo anders arbeiten dürfen, ein Hungerlohn.

Seit Corona ist die Realität vieler Künstler*innen noch schlimmer geworden: Die Kulturbranche hat nur im März 4,5 Millionen Euro verloren. Viele Künstler*innen verlieren ihre komplette Lebensgrundlage: Kein Kulturbetrieb – kein Geld.

Nun schnürt die Regierung Milliardenpakete für Großkonzerne, aber die Kulturszene bleibt auf der Strecke. Das wird sich auch unter der neuen Staatssekretärin nicht groß ändern, ist es doch Regierungslinie.

Und wo bleibt die Gewerkschaft? Natürlich ist es

schwierig, sich hier zu organisieren, weil nur wenige Theater ein fixes Ensemble haben. Es braucht deswegen kämpferische gewerkschaftliche Strukturen, die unabhängig von der Kulturwerkstätte agieren können und der demokratischen Kontrolle aller Mitglieder unterstehen.

V.a. junge Künstler*innen müssen gefördert werden. Gerade hier gibt es Potential für Neues und Kritisches. Dafür jedoch bekommen sie kaum oder gar keine Förderung. Statt Luxusgagen für wenige braucht es ein lebenswertes Einkommen für alle. Doch gerade an großen Häusern sind die Einkommensunterschiede enorm.

Aber die Kulturszene wehrt sich: Am 1. Mai gingen 1.000 Künstler*innen auf

die Straße. Ihre Forderungen zeigen von einer Bewusstseinsentwicklung: Sie fordern u.a. eine schnelle, unbürokratische Hilfe für alle in Österreich lebenden und arbeitenden Menschen sowie die Senkung der Spitzgehälter der Manager*innen.

Als Teil der allgemeinen Politisierung findet diese auch in der Kulturszene statt: In den 70er Jahren gab es Protestbewegungen für die Entstehung von Klein- und Mittelbühnen, auch in der Frauenbewegung waren Künstler*innen aktiv. Nun regt sich erneut Widerstand, antikapitalistische Forderungen finden hohen Anklang. Wir laden bei den Protesten auch zur Vernetzung mit anderen Bereichen, wie dem Sozialbereich, ein.

Christine Franz

Kunst ist die sprichwörtliche Butter am Brot und ist auch und gerade in Corona-Zeiten wichtig

faches im Monat bekommen. Kleine Theater kämpfen ums Überleben. Subventionen wurden seit 10 Jahren nicht mehr an die Inflation angepasst, was bedeutet, dass weniger Stücke produziert werden können. Der Bund fühlt sich nicht zuständig, Theater zu erhalten, oft können diese nicht renoviert oder technisch überholt werden. Schon vor Corona hat sich in

neoliberaler Denkmuster sowie gendergerechte Kultur.

Viele Künstler*innen arbeiten auf Honorarnotenbasis, ohne Anstellung und oft ohne Anspruch auf Arbeitslosengeld. Viele haben nicht einmal Anspruch auf Karenz! Dazu kommen noch Knebelverträge: Das Burgtheater lässt sich ein Bühnenbild 350.000 Euro kosten, spart dann aber beim Chor. 300€

Seelenlose Geisterspiele

Die Corona-Krise zwang Christian Seifert, Chef der „Deutschen Fußball Liga“ (der Zusammenschlusses der deutschen Profivereine) zur Selbsterkenntnis. In einer Pressekonferenz meinte er: „Vielleicht kommen wir nun an einen Punkt, an dem wir uns eingestehen müssen, dass wir ein Produkt herstellen. Wenn es dieses Produkt nicht mehr gibt, gibt es uns nicht mehr.“ Konsequenterweise versuchte die Fußballindustrie im

Frühling alles, um ihr Produkt wieder auf den Markt zu bekommen. Einnahmen aus Fernsehverträgen sind die Haupteinnahmequelle der meisten großen Clubs. So verdienen sich die Cheftagen der Clubs und privater Pay-TV-Sender wie Sky dumm und dämlich. Daher kam der Druck, die Ligen mit Geisterspielen fortzuführen. Um Sorge um die Begeisterung für das Spiel kann es sich nicht gehandelt haben: International stellten sich zahlrei-

che organisierte Fanszenen gegen eine Wiederaufnahme des Spielbetriebs. In einem gemeinsamen Statement zeigen die österreichischen Fanclubs, dass sie verstanden haben, worum es geht: „Fußball findet nicht mehr für die Fans im Stadion statt, sondern für das Fernsehen. Als Milliarden-Geldmaschinerie und Spielwiese für einige Reiche, die nur fortbestehen kann, wenn sie am Laufen gehalten wird.“ Mit kaum noch zu toppendem Zy-

nismus bestätigte Sky diese Kritik der Fans, indem es bei den Geisterspielen eine Tonoption mit eingespielter „Stadionatmosphäre“ anbietet – aber nur für Kund*innen, die das ganze HD-Paket kaufen. Die Fans sind damit endgültig zum optionalen Feature der Ware Fußball geworden.

Es kam, wie es kommen musste: In Deutschland gab es schon nach den ersten Spielen bestätigte Corona-Infektionen. Doch

das hält die Fußballindustrie nicht auf: Massen an Tests, die in anderen Bereichen bitter fehlen, werden verschwendet, um die Profitmaschine am Laufen zu halten. Es ist richtig, wenn sich die Fanszenen dagegen wehren. Die bisherigen Profiteur*innen der Industrie sollen dafür zahlen, dass die Vereine, die tatsächlich ums Überleben – und dass der Fußball, sobald es wieder sicher ist, für alle zugänglich ist.

„Man wird noch oft von uns hören!“

Am 12. Mai war der Internationale Tag der Pflege. Wir nutzten diesen Aktionstag, um auf die Missstände im Gesundheits- und Sozialbereich aufmerksam zu machen, der sich schon vor der Coronakrise in einem bedeutenden Arbeitskampf rund um die Kollektivvertragsverhandlungen befand. Mit der am 1. Mai gestarteten Kampagne für die Ausfinanzierung dieses Sektors gingen wir in mehreren Städten Österreichs unter Einhaltung der Corona-Schutzmaßnahmen auf die Straße.

In Wien Simmering versammelten wir uns im Rahmen einer Aktion von „Sozial, aber nicht blöd“ gemeinsam mit anderen vor einem Pflegeheim Nähe Enkplatz. In mitreißenden Reden, die großen Zuspruch der Passant*innen erhielten, machten Aktivist*innen klar, dass Corona nicht alle gleichermaßen trifft und sich in Krisen der Unterschied zwischen Arm und Reich verstärkt. Frauen, die vermehrt von Armut betroffen sind und den Großteil dieser Branche ausmachen, sind härter von der Coronakrise betroffen. Sie leiden unter Doppelbelastung durch Betreuungspflichten, Zunahme von häuslicher Gewalt, Überlastung im Job und schlechter Bezahlung. Durch Klatschen kann keine Miete bezahlt werden. Es braucht mehr Geld

und Personal sowie eine Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden. Der abrupte SWÖ-Abschluss, den die Gewerkschaftsführung in Zeiten des Lockdowns durchgepeitscht hat und so den Kampf für jene Forderungen gebremst hat, wurde scharf kritisiert. In einer weiteren Rede betonte ein SLP-Aktivist, dass während der Wien-Wahl Gesundheit und Soziales zum zentralen Thema werden soll.

Auch im oberösterreichischen Linz versammelten sich SLP-Aktivist*innen gemeinsam mit anderen vor dem Landhaus. Sie forderten ebenfalls Arbeitszeitverkürzung, höhere Löhne, eine Joboffensive und die Rücknahme der Kürzungen der letzten Jahres. In den Reden wurde betont, dass ein Kampf für bessere Bedingungen und eine Ausfinanzierung des Gesundheits- und Sozialbereichs von der Basis aus gestartet werden muss und wir uns nicht von der Gewerkschaft und dem erwähnten SWÖ-Abschluss demotivieren lassen dürfen.

Die Coronakrise hat klar gemacht, dass wir ein System brauchen, wo unsere Gesundheit und nicht die Profite ein paar Weniger im Zentrum stehen. Die Kampagne geht weiter: Wir sehen uns demnächst wieder auf der Straße!

Moni Jank



Ein 1. Mai trotz Corona

In Wien ging es gemeinsam mit „Sozial, aber nicht blöd“ beim Rathaus los. In Corona-Zei-

teresse bestand gerade auch bei SPÖler*innen, die gekommen waren, obwohl „die Partei“

reichen gab es Berichte zur Situation von Frauen und LGBTQIA+ Personen in der Corona-Krise, zur

Unter Einhaltung von Corona-Schutz war die SLP am 1. Mai auf der Straße: Für soziale und Job-Sicherheit.

ten klatschen zwar gerade Politiker*innen für die „Held*innen“, aber im Sozial- und Gesundheitsbereich wird weiter ein Pappenstiel bezahlt. Betriebsrat und SLP-Aktivist Michael Gehmacher forderte u.a. einen €500,- Corona-Bonus, Sonderurlaub sowie eine dauerhafte Lohnerhöhung um 500,-/Monat. Unsere inzwischen dritte Sondernummer ging ebenso gut weg wie die neue Corona-Broschüre.

selbst nur mit Plakaten da war. Dann ging es zur Internationalen Demo – mit Abstand und der stets aktuellen Forderung nach internationaler Solidarität. Auch waren SLPler*innen beim Mayday, am Rathausplatz bei LINKS und bei der Demo „KünstlerInnen – Applaus gut, Bezahlung besser“.

In Linz riefen wir mit „Gesundheit statt Profite“ zu Protesten auf. Aus unterschiedlichen Be-

Türkei und zur kommenden Wirtschaftskrise.

In Salzburg wurde mit der Forderung, dass die Krise nicht von Arbeiter*innen bezahlt werden darf beim Weltsozialforum interveniert. Und in Graz waren wir mit „Sozial, aber nicht blöd“ aktiv: Nicht Applaus und ein 3-Jahres-KV, sondern Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung wurde hier gefordert.

Karin Wottawa

Antifaschistisches Online-Seminar: Erinnern und Kämpfen!



Anlässlich des 75. Jahrestags der Befreiung vom Faschismus organisierte die SLP ein antifaschistisches Online-Seminar. Im ersten Teil des Seminars diskutierten SLP-Aktivist*innen und Interessierte, wie Marxist*innen den Charakter und den Aufstieg des NS-Faschismus als brutalste Form kapitalistischer Herrschaft analysieren – und was wir für den Kampf gegen heutige faschistische Strömungen daraus lernen kön-

nen. Im zweiten Teil ging es um den Antisemitismus, seine gesellschaftlichen Ursprünge und seine Rolle in der faschistischen Ideologie. Auch dies war keine rein historische Diskussion: Auf der Suche nach Erklärungen für den Wahnsinn des Kapitalismus fallen auch heute immer mehr Menschen auf antisemitische Verschwörungstheorien hinein.

Umso wichtiger ist es, marxistische Antworten darauf zu geben.

Andere über uns

[Dichter Innenteil](#) > [Sprache als Schlüssel](#)

[Sprache als Schlüssel](#)



Die Wiener Straßenzeitung „Augustin“ interviewte SLP-Aktivist Sebastian Kugler zur Situation von Deutschlehrenden in der Erwachsenenbildung. Sogenannte „Deutschtrainer*innen“ werden als Lehrende zweiter Klasse behandelt, mit schlechteren Arbeitszeiten und Gehältern. Doch mit der Initiative „DiE- Deutschlehrende in der Erwachsenenbildung“ regt sich Widerstand.



Von der Pandemie in die Krise

Der durch die Corona-Pandemie ausgelöste Einbruch der globalen Wirtschaft ist bereits jetzt immens. Das müssen auch bürgerliche Ökonom*innen einsehen. So prognostiziert die Chefökonomin des IWF, Gita Gopinath, dass

um bis zu 7% schrumpfen. Laut Clemens Fuest, Präsident des IFO Instituts, werden die Kosten „alles übersteigen, was aus Wirtschaftskrisen oder Naturkatastrophen der letzten Jahrzehnte in Deutschland bekannt ist“.

Krise zu agieren. Die neoliberalen Dogmen, auf denen sie wirtschaftlich aufgebaut ist, brechen in sich zusammen. Die einzelnen Staaten setzen panisch auf nationale Alleingänge. In ihrer heutigen Form wird die EU diese Krise nicht überleben.

die neokolonialen Länder noch brutaler auspressen, um ihre eigenen Profite zu retten. Die Ankündigung der Weltbank, 160 Milliarden Dollar gegen die Krise einzusetzen, ist nichts als ein Tropfen auf dem heißen Stein. Alleine das BIP der ärmsten Länder der Erde beträgt zusammengekommen zwei Billionen Dollar.

Den Herrschenden geht es nun vor allem um eine Balance zwischen Kürzungen und politischer Stabilität. Während Superreiche wie der Amazon-Chef Bezos Milliardengewinne einfahren, wird bereits jetzt über zukünftige Kürzungen im Sozial- und Gesundheitsbereich nachgedacht. Auf der anderen Seite wird versucht, Schadensbegrenzung zu betreiben – aus Angst vor einer Politisierung derer, die für die Krise bezahlen sollen. Nicht umsonst empfiehlt das IFO die „Sicherung des Vertrauens“ als wichtigstes Ziel zur Vermeidung einer „systemi-

schen Wirtschaftskrise“. Gleichzeitig wurden während der Lockdowns grundlegende demokratische und soziale Rechte außer Kraft gesetzt – Rechte, die den Herrschenden auch beim Abwälzen der Krisenkosten auf unsere Rücken nur im Wege stehen würden. Die autoritären Züge der etablierten Politik werden massiv verschärft werden. Kaschiert wird dies mit zunehmendem Wirtschafts-Nationalismus a la „America First“ oder „Urlaub in Österreich“.

Das Gleichgewicht zwischen Kürzungspolitik und politischer Stabilität versucht auch die österreichische Regierung zu wahren. Doch angesichts der bereits jetzt höchsten Arbeitslosigkeit seit 1945 ist auch in Österreich jede politische Stabilität brüchig. Auf das wirtschaftliche werden politische Erdbeben folgen.

Moritz Erkl

Wir stehen am Beginn der bisher schwersten Wirtschaftskrise unserer Lebzeiten.

die Wirtschaftskrise „die schlimmste Rezession seit der Weltwirtschaftskrise 1929 und wesentlich schlimmer als die globale Finanzkrise von 2008 bis 2009“ sein wird. So soll das weltweite BIP um 3%, jenes der Eurozone gar um 7,5% einbrechen. Am stärksten von Europas großen Volkswirtschaften betroffen sein wird Italien (9,1%), aber auch Österreichs BIP soll 2020

Die Arbeitslosenzahlen steigen schneller an, als Gesundheitssysteme zusammenbrechen können. In den USA könnte die bisherige Rekordarbeitslosigkeit von 1933 (24,9%) durch die jetzige Wirtschaftskrise überschritten werden. Das statistische Amt der EU gibt an, für die Mitgliedsstaaten keine „seriösen“ Prognosen zur Arbeitslosigkeit liefern zu können – nur ein kleines Beispiel für die völlige Unfähigkeit der EU, in der

Auch Asien und Afrika bleiben nicht verschont. Im Gegenteil: Während in der EU teilweise ein Arzt auf 300 Patient*innen kommt, ist es in einigen afrikanischen Ländern bereits jetzt nur ein Arzt auf 70.000 Menschen. Besonders im von Armut geprägten globalen Süden wird der Einbruch der Wirtschaft besonders verheerend. Die in die Krise geratenen Wirtschaftsmächte werden

Arbeitslose in Österreich

Die großen Krisenjahre 1929 und 2008 führten zu einem sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit, deren Höchststand immer ein paar Jahre später erreicht wurde. Im Jahr 2020 hat die Arbeitslosigkeit bereits bei Ausbruch der Krise fast den historischen Höchstwert erreicht.



Quellen: Uni Graz, Statistik Austria, kurier.at

Zahlen und Fakten

- **Die Corona-** und Wirtschaftskrise führt zu einem großangelegten Angriff auf Arbeits- und Persönlichkeitsrechte. In Indien wurde die dortige Corona-App für Menschen aus Risikogebieten verpflichtend. Arbeiter*innen, die ohne App „erwischt“ wurden, mussten enorme Bußgelder bezahlen.
- **In Katar** werden Verstöße gegen die allgemeine Maskenpflicht mit bis zu 3 Jahren Gefängnis und 50.000€ Geldstrafe geahndet – die Bauarbeiten der Fußballstadien für die WM 2022, an denen schon vor der Pandemie hunderte Arbeiter*innen starben, werden jedoch fortgesetzt.
- **Ryanair-Boss** Michael O’Leary verdiente letztes Jahr ca. 10.000€ – pro Tag. Nun will der Milliardär 3.000 Jobs streichen, um die Profite seiner Billigfluglinie zu erhalten.
- **Während** Amazon-Boss Jeff Bezos seit dem Ausbruch der Pandemie um mehr als 20 Milliarden Dollar reicher geworden ist, feuert Amazon Arbeiter*innen, die sich gegen unsichere Arbeitsbedingungen aussprechen. Mitte Mai waren bereits sechs Amazon-Arbeiter*innen an Covid-19 gestorben.
- **In Britannien** zeigte eine Studie, dass aufgrund des Mangels an Schutzausrüstung Beschäftigte im Sozialbereich doppelt so oft an Covid-19 sterben wie Beschäftigte im Gesundheitsbereich.
- **Die Lockdowns** verschärften die Doppel- und Dreifachbelastung von Frauen bereits massiv. Nun nutzen konservative Regierungen, etwa in einigen US-Bundesstaaten, die Pandemie, um unter dem Vorwand der Überlastung des Gesundheitssystems das Recht auf Schwangerschaftsabbruch auszusetzen und zurückzudrängen.
- **Viele Firmen** schickten ihre Mitarbeiter*innen ins Homeoffice. Dabei müssen Kosten für Strom, Internet oder Handyrechnungen selbst bezahlt werden. Dies wurde in eilig durchgepeitschten Telearbeitsvereinbarungen festgehalten, welche meist mit dem Argument „wir müssen nun alle einen Beitrag leisten“ als notwendiges Übel deklariert wurde.
- **Kurzarbeitsregelungen** zwingen Beschäftigte, Urlaub abzubauen. Die seitens der Gewerkschaft mit „gestaltete“ Regelung führt dazu, dass Resturlaub und Zeitausgleichsguthaben aufgebraucht werden müssen – ohne, dass in Zeiten eines „Lockdowns“ dieser zu notwendiger Erholung führen kann.

Quellen: theguardian.com, ft.com, thejournal.ie, arabnews.com, rosainternational.org

Die Krise heißt Kapitalismus

Die aktuelle Krise wird in vielerlei Hinsicht tiefergehend sein als die Weltwirtschaftskrise 2007/8. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass die jetzige Rezession der Beginn einer extrem tiefen Depression ist – möglicherweise die tiefste in der

ven Druck großer Kapitalinteressen, keine weitreichenden Entscheidungen zu treffen, welche die Profite schmälern könnten. Das ist vor dem Hintergrund einer Pandemie und einem weltweit kaputt gesparten Gesundheitssystem eine große

Schon vor Corona war die Wirtschaft im Sinkflug.

Geschichte des modernen Kapitalismus. Wenn in den bürgerlichen Medien die Rede von der „Coronakrise“ ist, wird damit oft der Eindruck erweckt, das Virus habe zu einer Krise in einem ansonsten intakten System geführt. Doch Corona ist nur der Auslöser und Beschleuniger, nicht die Ursache der Krise. Die Tatsache, dass auch vor Corona eine neue, tiefe Krise des Kapitalismus absehbar war, bedeutet dabei nicht, dass die jetzige Pandemie keine massiven Auswirkungen auf deren Tiefe und Verlauf hat. Es ist offensichtlich, dass die sozialen Auswirkungen dieser Krise eine dramatische und einzigartige Geschwindigkeit angenommen haben.

Durch die Ausbreitung des Virus und die zum Teil sehr weitreichenden Maßnahmen, wie völlige Lockdowns des öffentlichen Lebens und sogar teilweise der Produktion, sehen sich die Herrschenden einer besonderen Situation gegenüber. Die Regierungen stehen unter dem massi-

Herausforderung. Diese Situation hat zu zunehmenden staatlichen Eingriffen geführt. Firmen sehen sich schon jetzt gezwungen, die Produktion umzustellen, in manchen Ländern kam es schon zu Notverstaatlichungen.

Aufgrund der außergewöhnlichen Situation kommt es zu weitreichenden Folgen für den Weltmarkt aufgrund von Unterbrechungen in globalen Lieferketten. Ganze Wirtschaftszweige wie die Tourismusbranche oder die Luftfahrt sind in den vergangenen Wochen de facto zum Stillstand gekommen, der private Konsum massiv zurückgegangen. Durch Unmengen an Firmenschließungen wird es wie in jeder Krise zu starken Konzentrationsprozessen des Kapitals kommen. Doch die Coronakrise betrifft besonders stark kleine Betriebe, während große Konzerne wie Amazon & Co teilweise sogar noch profitieren können.

Schon vor der dem Ausbruch von Corona gab es weltweit einen generellen Trend hin zu zunehmen-

dem Protektionismus. Der Beginn des Handelskriegs zwischen den USA und China war dabei kein kurzfristiges Phänomen, sondern symptomatisch für eine Entwicklung hin zu zunehmenden imperialistischen Konflikten. 2019 befand sich der Welthandel auf dem tiefsten Niveau seit 2009, auch innerhalb der EU spitzen sich die Widersprüche zu. Das bedeutet auch, dass es anders als vor zehn Jahren keine koordinierte internationale Antwort der Herrschenden auf die Krise geben wird.

Ein großer Widerspruch besteht darin, dass Konzerne national beheimatet sind, während sie global agieren und produzieren. Gerade in Krisenzeiten werden Staaten zu Verteidigern ihrer „eigenen“ Kapitalist*innen. Während Trump vor kurzem noch für sein „America first“ verspottet wurde, ist diese Haltung in vielen Staaten zum Konsens geworden – auch die Vorsitzende der SPÖ ruft zu mehr „made in Austria“ auf. Doch Protektionismus und zunehmende staatliche Eingriffe werden weder die Krise lösen – aufgrund der globalen Produktion kann es kein „Zurück zum Nationalstaat“ geben –, noch stehen sie im Widerspruch zu Kürzungspolitik.

Regierungen und Zentralbanken schnüren auch jetzt wieder große Rettungspakete für die großen Banken und Konzerne. Doch wir stehen heu-



te vor einer anderen Situation als vor zehn Jahren: Die Mittel der Herrschenden im Umgang mit solchen Krisen sind weitgehend aufgebraucht. Alle Maßnahmen, die zur "Bekämpfung" der Krise 2007/8 dienten, haben die jetzige Krise nur vorbereitet: Neue Spekulationsblasen haben sich gebildet, neues Geld wurde ausschließlich in Finan-

nas Gesamtverschuldung wird auf 300% des BIP geschätzt und steigt weiter rasant an.

Die Verschuldung war damals ein verzweifelter Weg, um sicherzustellen, dass Unternehmen weiter investieren und Menschen weiterhin über ihre eigentlichen Möglichkeiten hinaus konsumieren. Aber diese Strategie stößt innerhalb dieses

schwung. Kapitalistische Widersprüche wie Überakkumulation von Kapital und die daraus folgende sinkende Profitabilität sind die Basis für wiederkehrende Wirtschaftskrisen. Diese Widersprüche haben sich in den vergangenen Jahren dramatisch verschärft und liegen in der Natur des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das ausschließlich der Profitmaximierung dient. Der enge Gürtel von Privateigentum und Nationalstaaten ist in diesem Sinne zu einem Hemmnis für wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt geworden. Mehr noch: Die Widersprüche des Kapitalismus haben ein Ausmaß erreicht, in welchem keine „normale“ Krise als „reinigendes Gewitter“ wieder eine Periode von Aufschwung und Sicherheit herbeiführen wird. Nicht nur, dass die Arbeiter*innenklasse in Form von dramatischer Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Einkommensverlusten und der Zunahme von imperialistischen Konflikten und Kriegen für die Krise zahlen wird: Auf der immer verzweifelteren Suche nach Profiten wird der Kapitalismus die Zerstörung des Klimas noch mehr intensivieren und unser aller Leben aufs Spiel setzen. Die Alternative dazu kann nur in der Abschaffung des Kapitalismus und im Aufbau einer demokratischen Planwirtschaft liegen.

Sarah Moayeri

Die Krisenpolitik von 2007/08 ist nicht nur nicht wiederholbar – sie war Grundstein für die aktuelle Krise.

zstitute und Spekulation gepumpt und die Milliarden, die zur Rettung des Finanzsektors eingesetzt wurden, haben die weltweite Verschuldung dramatisch erhöht. Gleichzeitig wurden dadurch die großen sozialen Widersprüche dieses Systems verschärft: Austeritätspolitik und soziale Ungleichheit haben in vielen Staaten zu großer politischer Destabilisierung geführt.

2007/8 setzten die Kapitalist*innen stark auf die BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China). Doch anders als 2007/8 ist diese Krise zutiefst universell, China befindet sich im Zentrum der Krise. Während damals die chinesische Wirtschaft durch massive Konjunkturprogramme eine Weltwirtschaftskrise abfedern konnte, ist ein derartiges Szenario heute undenkbar. Chi-

Systems an eine Grenze; der erhoffte Konjunkturaufschwung ist in den vergangenen Jahren ausgeblieben. Die sinkende Profitabilität hat derartige Maßnahmen auf lange Sicht wirkungslos gemacht, nachlassende Investitionen und die fehlende Nachfrage nach großen Krediten deuten auf eine tiefgreifende Profitabilitätskrise hin, die durch eine Politik des "billigen Geldes" nicht gelöst werden kann. Das bedeutet, dass "klassische" Instrumente keynesianischer Konjunkturpolitik und staatlich gesteuerter Geldpolitik innerhalb des Kapitalismus nicht mehr, oder nur noch begrenzt eingesetzt werden können.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem befand sich schon vor Corona im Niedergang. Schon in den letzten Jahren war der generelle Trend ein wirtschaftlicher Ab-



Marx aktuell

Der Keynesianismus ist eine bürgerliche ökonomische Denkschule, die die kapitalistische Wirtschaft als die Summe aller Ausgaben betrachtet, unterteilt in vier Sektoren: Konsum, Staatsausgaben, Unternehmensinvestitionen und Nettoexporte. Ein wirtschaftlicher Abschwung wird als Stocken der Ausgaben in einem dieser Sektoren angesehen – und die Lösung wird darin gesehen, dass ein anderer Sektor seine Ausgaben erhöht. Um Krisen zu verhindern, könne die Regierung verschiedene wirtschaftliche Hebel ansetzen, wie z.B. die Senkung der Zinssätze, um Anreize für Ausgaben zu schaffen, oder direkt in die Steuerausgaben eingreifen.

Das Ziel dieser Maßnahmen besteht nicht in erster Linie darin, den arbeitenden Menschen zu helfen, sondern allem voran die Unternehmen zu ret-

Keynesianismus und die Krise des Kapitalismus

ten. Wie Keynes 1931 sagte: *"Wenn unser Ziel darin besteht, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, ist es offensichtlich, dass wir in erster Linie die Unternehmen profitabler machen müssen"*.

Der Keynesianismus betrachtet die Wirtschaft oberflächlich durch die Augen der Buchhaltung, indem er eine negative Bilanz in einem Sektor beheben will, indem er die Differenz einfach in einem anderen Sektor hinzufügt. Er kann keine Antwort darauf geben, warum die Wirtschaft sich periodisch auf einmal weigert, in die Produktion zu investieren. Marxist*innen verstehen, dass dies daran liegt, dass das gesamte kapitalistische System vom Wettlauf um Profit angetrieben wird, so dass die Konzerne Waren und Kapital überproduzieren, was zu überfüllten und übersättigten Märkten führt.

Doch neben Unternehmensförderungen gehören auch Sozialhilfeprogramme zum Instrumentarium keynesianischer Maßnahmen. Keynes' Ideen finden zunehmend Unterstützung bei der reformistischen Linken. Marxist*innen lehnen zwar den Reformismus ab, nicht aber den Kampf für Reformen. Wir kämpfen für Reformen als Teil dessen, was der russische Revolutionär Leo Trotzki die "Übergangsmethode" nannte. Das bedeutet, eine Brücke zu bauen zwischen dem Bewusstsein, wie es heute ist, und dem Verständnis für die Notwendigkeit einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft. Wir kämpfen für Reformen, die der Arbeiter*innenklasse unmittelbar nutzen – von der Erhöhung des Mindestlohns über Mietobergrenzen bis hin zu Steuererhöhungen für das Großkapital. Aber wir stellen auch Forderungen auf, die über den Kapitalismus hinausgehen, wie z.B. die Energieindustrie und die Großbanken in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten zu bringen. Wir kämpfen für diese Reformen durch die Organisation und Mobilisierung der Arbeiter*innenklasse; sie werden nicht dadurch gewonnen, dass man versucht, die Kapitalist*innen von cleveren geldpolitischen Tricks oder politischen Kniffen zu überzeugen.

George Martin Fell Brown und Tony Gong
Socialist Alternative (ISA USA)

Dies ist eine gekürzte Version des ausführlichen Artikels, der auf slp.at gefunden werden kann



Planwirtschaft – die große Idee des 21. Jahrhunderts

Wien, Mariahilfer Straße. An der Hausnummer 72, wo vor dem Corona-Shutdown ein Betty Barclay Store für Damenmode stand, eröffnet am 14. April ein neuer Pop Up-Store – Für Atemschutzmasken. Während es auf der ganzen Welt – auch in Österreich – unzähligen Menschen bei der Arbeit an notwendiger Schutzausrüstung fehlt, wird sie

beschieb Bertolt Brecht: „Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?“ 90 Jahre später gilt der selbe Satz für Maskengeschäfte – nur eine Woche nach dem Einbruch eröffnet an der Hausnummer 95 das nächste. Der ganze Wahnsinn des Kapitalismus offenbart sich in diesen Chronik-Meldungen. Warum werden nicht einfach

nanzmarktportal marketwatch.com: „Statt sich auf nationale Regierungen zu verlassen, um die schnelle Entwicklung, Produktion und Bereitstellung von Tests und Medikamenten bei Ausbrüchen zu gewährleisten, braucht die Welt eine globale Koordinationsplattform.“ Es stimmt: Es braucht Koordination statt Konkurrenz – wirtschaftliche Planung

gesellschaftlich notwendige Arbeit könnte dann so organisiert werden, dass nicht die einen überlastet und die anderen ohne Job sind. Statt wie bei der AUA nur zwischen Massenkündigung oder „Rettung“ auf Kosten von Steuerzahler*innen und Umwelt zu wählen, können Unternehmen verstaatlicht und unter die Kontrolle der Beschäftigten gestellt werden. Es ist ein Mythos, dass wir Bosse bräuchten, um wirtschaftliche Prozesse zu organisieren. Laut dem Institut für Fortbestehensprognoseherstellung waren schon vor der Corona-Krise 75% aller Insolvenzen auf Fehler der Chefetage zurückzuführen. Schon in den ersten Wochen der Krise machten unzählige Beschäftigte die Erfahrung, dass die Chefs völlig planlos waren, und sie auf sich alleine gestellt de facto selbst den Betrieb weiterführten. Es zeigt sich immer mehr, wer die wahren Expert*innen sind: Die Beschäftigten selbst. Sie wissen, wie man Produktion und Verteilung von Gütern organisieren kann. Durch das Internet ist es einfach, die Bedürfnisse der Gesellschaft nach bestimmten Gütern und Dienstleistungen zu erhe-

ben und die Arbeitsprozesse daran anzupassen. Demokratische Räte in allen Wirtschaftszweigen könnten die Wirtschaft viel effizienter organisieren als profit- und konkurrenzgetriebene Chefetagen. Das alles sind keine utopischen Ideen: Wo immer Arbeiter*innen sich gegen dieses System zusammenschlossen haben, kam die Idee der Räte Demokratie und der wirtschaftlichen Planung auf.

In den stalinistischen Diktaturen wurde sie verraten: Planwirtschaft braucht echte Arbeiter*innen-demokratie. Eine demokratisch geplante Wirtschaft ist nicht nur möglich, sie ist absolut notwendig. Das Chaos des Kapitalismus gefährdet nicht mehr nur soziale Standards und demokratische Rechte, sondern – in Form der Klimakrise – das Leben unzähliger Menschen. Nur planwirtschaftliche Maßnahmen können die radikale Umstellung der Produktion durchführen, die notwendig ist, um das Schlimmste zu vermeiden. Um das zu erreichen, müssen wir den Kapitalismus weltweit stürzen. Dafür kämpfen wir als revolutionäre Sozialist*innen.

Sebastian Kugler

Planwirtschaft bedeutet, für die Bedürfnisse von Mensch und Umwelt zu produzieren, nicht für den Profit einiger Weniger.

hier profitabel verkauft. Ein 10er-Pack Einwegmasken um 20€, „lustige“ Kindermasken ab 24,99€, FFP3-Masken gibt es für 29,99€ und extra modische Masken um 39,99€. Nur vier Tage später gibt es einen versuchten Einbruch in dem Geschäft. Dem „Kurier“ gegenüber zeigt sich der Shop-Inhaber empört: „Ich möchte wissen, wer in Zeiten wie diesen eine solche Tat versucht“ – und verweist im gleichen Atemzug auf den zweistelligen Millionenwert seiner Ware im Geschäft. Während der letzten Wirtschaftskrise vergleichbaren Ausma-

genügend Masken produziert und an alle verteilt, die sie brauchen? Die Antwort liegt im Wesen des Kapitalismus: Vom nuklearen Sprengkopf bis zur Atemschutzmaske: In diesem System ist alles Ware. Produkte werden nicht hergestellt, um einen gesellschaftlichen Zweck erfüllen, sondern um profitabel verkauft zu werden. Corona spitzt die Absurditäten nur zu, die der Kapitalismus schon immer hervorbrachte. Firmen und Staaten konkurrieren in der Forschung nach Impfstoffen und halten ihre Ergebnisse geheim. Nun meint sogar das Fi-

statt den „freien Markt“. Doch das ist im Kapitalismus unmöglich. Die Krise, die Zerstörung von Natur und Menschenleben – sie sind alle in diesem profitorientierten Konkurrenzsystem angelegt. Warum gibt es etwa Arbeitslosigkeit? Nicht, weil es nicht genug zu tun gäbe. Sondern weil die „Arbeitgeber“ uns nur für sie arbeiten lassen, wenn sie mit unserer Arbeit Profit machen können. Eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohn und Personalausgleich würde auf einen Schlag die Arbeitslosigkeit beseitigen. Die

Wie weiter mit der Klimabewegung?

Der Druck der globalen Klima-Bewegung zwang die Regierung zu „grünen“ Lippenbekenntnissen in ihrem Programm – natürlich nur, solange dem keine Profitinteressen entgegenstehen. Doch nun stehen wir am Beginn der größten Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren und es zeigt sich, dass auch für die Grünen und den ÖGB der „Standort“ – also der Profit – vor dem Klima steht.

Gleichzeitig wird aber deutlich, dass die „Klima vs. Jobs Logik“ falsch ist. Zum einen werden in vielen Branchen Leute entlassen und Löhne gedrückt, z.B. bei der APA und der AUA. Nicht Klimaschutz, sondern Wettbewerb und Profitzwang zerstören diese Arbeitsplätze. Zum anderen wurde in vielen Unternehmen die Produktion umgestellt: BMW produziert Atemschutzmasken, Brauereien stellen Desinfektionsmittel her.

Die Umstellung der Produktion auf gesellschaftlich notwendige Produkte ist möglich. Aber: Die Umstellung passiert nicht freiwillig, sondern, weil in den letzten Wochen bestimmte Produkte nicht verkauft werden konnten und andere durch die Corona-Krise für die Staaten zur Notwendigkeit wurden.

Für die Klimabewegung ist die Lehre aus der Corona-Krise deswegen aber nicht, dass die Staaten ja könnten,

wenn sie wollten. Denn der kapitalistische Wettbewerb erlaubt keinen langfristigen effektiven Klimaschutz. Nein, die Lehre ist, dass wir die Produktion vergesellschaften müssen. Nur wenn wir als Arbeiter*innen und Konsument*innen die Kontrolle über die Produktion haben, können wir diese umstellen und sozial und ökologisch nachhaltig gestalten; nur dann können wir die Bedürfnisse der Menschen und die des Klimas erfüllen.

Diese Kontrolle müssen wir uns gemeinsam erkämpfen. Dazu braucht es Forderungen und Aktionsformen, die Klima- und Klasseninteressen ganz konkret verbinden. Gratis Öffis, Ausbau des öffentlichen Verkehrs und massive Investitionen in Gebäudesanierung sind wichtige Forderungen. Was, wenn diese Forderungen plötzlich auf Preseterminen von Konzernchefs und Politiker*innen auf Schildern und Transparenten auftauchen? Neben solchen medienwirksamen Aktionen müssen wir auch direkt auf die Arbeiter*innen zugehen, ihre Kämpfe unterstützen und diese mit Klimaschutz verbinden. Ihre Kämpfe sind auch die Kämpfe der Klimabewegung, denn nur gemeinsam können wir gewinnen.

Philipp Chmel

Kämpfen wir für eine sozialistische Alternative

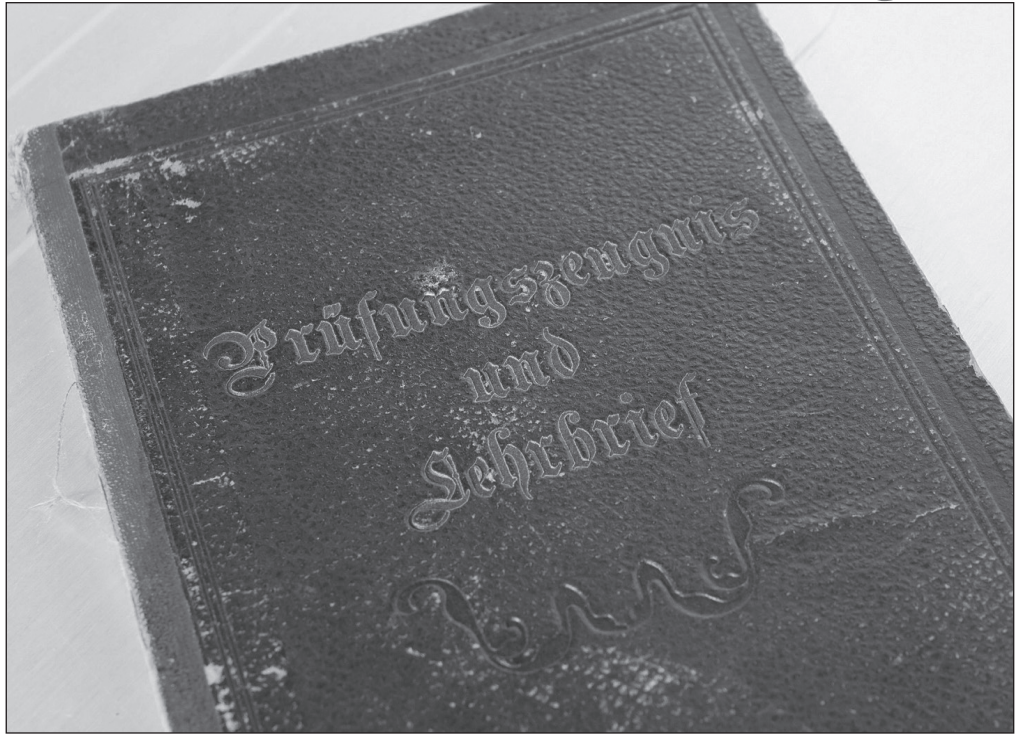
Ich wurde im Zuge der Nationalratswahl 2017 erstmals politisch aktiv bei KPÖplus und der Jungen Linken. Aber die Positionen dort waren selten so antikapitalistisch wie nötig und die Entscheidungen kamen von oben.

Die SLP kennengelernt habe ich rund um die Anti-Burschenbuntdemo 2019 in Linz. Danach begann ich regelmäßig bei Ortsgruppen mitzudiskutieren und besuchte

Veranstaltungen, wie das Sommercamp in Kärnten. Diesmal wollte ich mir länger Zeit nehmen. Nachdem ich für ein Jahr gemeinsam mit der SLP im Wahlkampf, rund um die Pride in Linz und in der Kampagne zum Gesundheits- und Sozialbereich aktiv war, wurde ich im März aufgenommen. In der SLP haben wir tatsächlich das Ziel, das kapitalistische Wirtschaftssystem abzuschaffen. Au-

ßerdem zeichnet die Partei aus, dass Entscheidungen und Diskussionen nicht von oben herab geführt werden. Während wir auf der Straße und in den Betrieben für eine demokratisch geplante Produktion mit Rechenschaftspflicht und Möglichkeit zur Abwahl propagieren, werden diese demokratischen Strukturen innerhalb der Partei bereits angewendet.

Seraphina Reisinger, 19, Linz, Webentwicklerin



SU/JVP/ÖVP – Hand in Hand

Für Schüler*innen und Lehrende ist die aktuelle Situation schrecklich. Es gibt kaum Unterstützung, der

hen E-Learning als positiven Schritt zur Digitalisierung der Schule und "vergessen", dass Schüler*innen

lien können sich Nachhilfe, eine ruhige Lernumgebung und das nötige Equipment leisten. Die SU ist der verlängerte Arm der ÖVP und eng verbunden mit der JVP, aus der auch Kurz und seine Clique kommen. Sie stehen für die Privatisierung der Bildung und kümmern sich um die Elite. Das erklärt, warum die SU auf die Ärmsten pfeift. Doch gerade jetzt wäre der Zeitpunkt, das System Lernbulemie Matura abzuschaffen, das doch v.a. zur sozialen Selektion dient. Wir stehen stattdessen für kostenlose Bildung, einen ausfinanzierten Bildungsbereich und sind gegen Barrieren beim Zugang zu Bildung!

Peter Hauer

Die Corona-Krise macht deutlich wie unterschiedlich die Bildungschancen hierzulande sind.

Stress ist enorm und es kommt daher sogar zu körperlichen Beschwerden. Der Lernerfolg hängt stark davon ab, in welchem Umfeld man lernen kann.

Doch die ÖVP-nahe Schülerunion und die "Junge Volkspartei" JVP kümmern sich v.a. um die Durchführung der Matura in der Corona-Krise. Sie se-

oft keinen eigenen Laptop oder ein geeignetes Lernumfeld haben. Bei den Maturavorbereitungen sind viele auf sich allein gestellt, die gekürzten Vorbereitungsstunden verschlimmern die Lage.

Jetzt die Matura abzuhalten, bedeutet eine härtere Selektion an den Unis. Reichere Fami-

Clowns des Monats



#LostGeneration Jugend ohne Job

Die ÖGJ warnt mit dem „Joker“ davor, dass Jugendliche arbeitslos werden – weil sie dann rebellieren könnten. Der ÖGJ-Führung geht es also mehr um die Stabilität des herrschenden Systems als um einen konsequenten Kampf für Jobs und Rechte von Jugendlichen, denn genau dafür bräuhete es rebellische Jugendliche.



Can't Pay, Won't Pay: Mietstreiks in den USA

Die **Coronakrise** ist beispiellos. Überall sieht die Lage schlimm aus, aber in den USA ist die Situation mehrfach verschärft. Ohne ordentliche Sozialhilfe und mit Millionen nicht- oder unterversicherten Menschen ist es eindeutig, warum das Land etwa ein Drittel der Infektionen weltweit hat und eine Arbeitslosenquote von (aktuell) fast 15%.

Collins, Kongresskandidat und Mitglied der Democratic Socialists of America, startete im Februar in Zusammenarbeit mit Socialist Alternative eine Petition für die komplette Aussetzung aller Hypothekenraten und Mietzahlungen während der Dauer der Krise. Sie verbreitete sich wie ein Lauffeuer und hatte rasch 3 Millionen Unterschriften. Weil viele nicht nur unterschrei-

nes Wohnhauses werden vorgeschlagen, und Mitglieder von Socialist Alternative unterstützen neue Aktivist*innen.

Die Online-Treffen spielen eine besondere Rolle. Einmal im Monat treffen sich lokale Rentstrike-Gruppen. Sie tauschen sich nicht nur über Taktiken und Erfolge ihrer Verhandlungen und Aktionen aus, sondern es wird auch über

aller Mietschulden, und kostenlose Benutzung der Waschküchen – und sie haben sämtliche Forderungen gewonnen!

Die landesweiten Forderungen der Kampagne sind weitgehend: Aussetzung aller Miet- und Hypothekenzahlungen sowie aller Schuldentilgungen, Massentestungen sowie Gesundheitsvorsorge für Alle, bis hin zu einer demokratisch geplanten Wirtschaft. Als erster Schritt geht es darum, eine Mietminderung für Wohnungen zu erreichen, doch es geht auch darum, eine breite, flächendeckende Kampagne zur Nichtbezahlung aufzubauen, um die notwendigen Maßnahmen zu erkämpfen.

Rund ein Drittel konnte im April die Miete nicht mehr zahlen. Durch das beschlossene zusätzliche Arbeitslosengeld wird im Mai der Anteil an Nichtzahlungen voraussichtlich auf ein Fünftel sinken. Aber es ist bestenfalls eine Verschnaufpause. Viele der Millionen abgebauten Jobs werden nicht so bald „zurückkommen“. Massenarbeitslosigkeit, und zwar ohne soziale Absicherung, ist die Perspektive für Millionen. Und dann werden Unzählige aufhören müssen, ihre Miete und ihre Hypotheken zu bezahlen,

einfach weil sie keine andere Option haben. Die Verbindungen und Netzwerke, die Socialist Alternative in dieser Anfangsphase, quasi in der Zeit der Ruhe vor dem Sturm, aufgebaut hat, können dann diese Massennichtzahlungen organisieren und politisieren.

Socialist Alternative zeigt sehr konkret, dass ganz „normale Menschen“, sei es im Wohnhaus, in der Schule oder am Arbeitsplatz, sich schnell organisieren können, um konkrete Forderungen zu gewinnen. Wichtiger noch ist eine demokratische und zentrale Organisation, um diese lokalen Kämpfe auf nationale Ebene zu vereinigen und zu koordinieren.

Viele sind schockiert von dem Tempo und der Tiefe der Krise und leben nun in Angst. Doch die tiefen Folgen der Krise, die alle, und insbesondere die Arbeiter*innenklasse und die Armen betrifft, wird dazu führen, dass Menschen sich wehren wollen und auch müssen. Socialist Alternative bereitet sich für diese kommenden Bewegungen und Kämpfe vor, um den Kampf gegen Horrormieten im Speziellen und den Kapitalismus als Ganzes zu führen.

Dana White und
Nikolas Friedrich,

www.socialistalternative.org

In den USA gärt es seit längerem: Nun kann die Mietenfrage zu Protesten und Massenkampagnen führen.

In der Hoffnung, eine Krise vom Ausmaße der Großen Depression der 1920er Jahre zu vermeiden, stützte die Regierung mit einem zwei Billionen Dollar Rettungspaket das bröckelnde System. Gleichzeitig steigt der Druck, eine „Eröffnung“ des Landes möglichst schnell durchzuführen, obwohl die Infektionsrate sich nicht verlangsamt.

Zahlreiche Menschen müssen sich zwischen Arbeit und Gesundheit entscheiden – oder dazu zu kämpfen. Darum initiierte die US-amerikanische Schwesterorganisation der SLP, die Socialist Alternative, die Kampagne „Rent Strike 2020“.

Es fing mit einer einfachen Petition an. Joshua

ben wollten, sondern auch bereit waren, zu kämpfen, startete Socialist Alternative mit Vorschlägen und Angeboten zur Organisation von Mieter*innen.

Auf Grund der Coronagefahr muss die Arbeit fast ausschließlich Online stattfinden. Stadtbezogene Online-Petitionen, Facebook-Gruppen, Zoom-Treffen: Das sind die Grundlagen des Organisierens in der Pandemie. Alle Methoden dienen dazu, Mitmieter*innen in Städten wie Boston, Chicago, und Oakland, Kalifornien kennenzulernen. Umfragen in den Facebook-Gruppen werden erstellt, um Leute mit denselben Vermieter*innen miteinander zu vernetzen. Allgemeine Richtlinien zur Organisation innerhalb ei-

grundlegende Problem des Wohnens diskutiert.

In einem Treffen der Bostoner Gruppe teilte eine Mieterin mit, dass sie, wie Andere auch, bei einer großen Wohnungsfirma mietet. Sie fragte, welche Forderungen sie und ihre Mitbewohner*innen aufwerfen könnten. Eine andere Beteiligte, die bei derselben Firma mietet, antwortete, dass sie und ihre Mitbewohner*innen sich einfach gefragt haben „Was kann uns am meisten helfen?“ Durch diese Diskussion entdeckten sie, dass manche sich die Miete gar nicht leisten können, und ein paar waren sogar die Miete von mehreren Monaten schuldig. Darum forderten sie eine Mietminderung von 70%, Erlassung

Labour nach Corbyn

2015 wurde Jeremy Corbyn zum Vorsitzenden der Labour Partei in Großbritannien gewählt. Seine linken Forderungen, wie die nach der Verstaatlichung der Bahn und der öffentlichen Versorgungsbetriebe sowie nach dem Ende der Kürzungspolitik trafen bei Arbeiter*innen und Jugendlichen einen Nerv. Tausende „Corbynistas“ traten in die Partei ein und drückten sie nach links. Das warf die Frage auf, ob Labour ein Sprachrohr für die Interessen der Arbeiter*innenklasse und Jugend werden könnte.

Doch bei den Wahlen 2019 erlitt Labour eine massive Niederlage. In den Medien wurde Corbyn vorgeworfen „zu weit links“ gewesen zu sein. Doch war er „zu links“? Warum hat Labour die Wahlen wirklich verloren?

Während des Wahlkampfes führten die Medien eine Hetzkampagne gegen Corbyn und diffamierten ihn als Antisemiten. Gleichzeitig taten die „Blairites“, der rechte Flügel von Labour, alles, um Corbyn zu sabotieren. Jüngste Berichte über interne Gespräche der Parteiführung zwischen 2015 und 2018 zeigen eine koordinierte Kampagne, um Corbyn bei jedem seiner Schritte Steine in den Weg zu legen.

Das war der Hauptfehler von Corbyn und der Be-

wegung um ihn herum: Es wäre notwendig gewesen, genauso entschlossen gegen die neoliberalen Blairites zu kämpfen wie gegen die Tories. Zugeständnisse an den rechten Flügel von Labour zu machen, hat nur die Unterstützung für Corbyns Programm geschmälert.

Unter der aktuellen Führung von Keir Starmer ist Labour zurückgekehrt zu einer völlig unkritischen Position gegenüber den Tories. Starmer ist selbst Millionär. Anstatt Boris Johnson und seine arbeit*innenfeindliche Agenda zu bekämpfen, unterstützt Labour nun die Politik der Tories – obwohl die katastrophale, profitorientierte Politik der Regierung zigtausende Leben in der Coronakrise kostete. Nicht einmal wahltaktisch nützte Labour diese Anbiederung: Im Mai lagen die Tories bei allen Umfragen bei über 50%, während Labour bei ca. 30% dahindümpelt – weniger, als Corbyn bei der letzten Wahl erreichte.

Corbyn hätte eine Bewegung aufbauen müssen, die sich der Logik des Kapitalismus widersetzt, eine Bewegung, die nicht nur gegen Kürzungen kämpft, sondern auch gegen ein System, das im Interesse der reichsten 1% geführt wird.

Brettros



Das Scheitern des Reformismus

Vor dem Hintergrund seit Jahrzehnten sinkender Lebensstandards und sozialer Perspektivlosigkeit wurden Figuren wie Je-

sozialist*innen. Die Hauptschwäche der Programme von Sanders und Corbyn ist aber, dabei stehen zu bleiben und den Kapitalismus

Wer heute echte Verbesserungen erreichen will, muss bereit sein, mit dem System zu brechen.

remy Corbyn oder Bernie Sanders für Millionen zu Hoffnungsträger*innen. Ihr Scheitern zeigt nicht, dass ihre Programme „zu radikal“ wären, sondern dass sie nicht weit genug gehen. Ein Gesundheitssystem für alle, Besteuerung von Superreichen, die Wiederverstaatlichung essenzieller Dienste – all diese Forderungen unterstützen

sozial gestalten zu wollen. Darum appellieren sie an die Herrschenden, statt die Bewegungen, die sie entfachten, im Kampf für diese Forderungen zu organisieren. Gerade in der kapitalistischen Krise werden selbst die zaghaftesten Reformen von oben bekämpft. Die Sabotage von Corbyns Wahlkampf 2017 durch die Labour-Führung

oder die geschlossene Front der Demokraten gegen Sanders zeigen das. Doch selbst wenn Reformist*innen Wahlen gewinnen, werden sie von den Kapitalist*innen (z.B. durch Abwanderung der Konzerne) zu einer Aufgabe ihres Programms gezwungen, sofern sie Konzerne nicht vergesellschaften und unter demokratische Kontrolle stellen. Dies würde den Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft bedeuten. Dafür brauchen wir Massenbewegungen und Arbeiter*innenparteien, die genau dafür kämpfen. Für deren Aufbau gilt es nun die Hoffnung, die Corbyn und Sanders entfacht haben, zu nutzen.

Lukas Kastner

Nachrichten aus der ISA (International Socialist Alternative)

Demo für Gesundheit

Gemeinsam mit 17 anderen Initiativen, darunter Gewerkschaften, Klimagruppen und der Pfleger*innen-Organisation „La Santé en Lutte“ („Gesundheit im Kampf“) mobilisiert die LSP/PSL (ISA in Belgien) für eine Großdemo im September, sobald die Ausgangsbeschränkungen aufgehoben sind. Auch ROSA, die sozialistisch-feministische Kampagne der PSL/LSP, ist Teil des Bündnisses. Die Demo richtet sich

gegen die Kürzungspolitik der Regierung im Gesundheitsbereich und fordert mehr Personal und höhere Löhne. Tausende haben sich bereits angekündigt. Bereits im Mai protestierten Pflegekräfte gegen den Besuch der Premierministerin in einem Krankenhaus. Dem geplanten PR-Gag der Regierung machten die Beschäftigten einen Strich durch die Rechnung, indem sie ihr kollektiv den Rücken zuwandten.

<https://socialisme.be>

Polen

Als die Regierung trotz Corona Präsidentschaftswahlen per Briefwahl ankündigte, gründeten Postmitarbeiter*innen ein Streikkomitee, an dem Alternatywa Socjalistyczna (ISA Polen) beteiligt ist. Das Komitee fordert die Verschiebung der Wahlen auf einen sicheren Termin, eine Lohnerhöhung für alle Mitarbeiter*innen und die temporäre Schließung der Filialen während Corona.

socializmxxi.nazwa.pl

UK: Linke gekündigt

Nadia Whittome ist eine linke Labour-Abgeordnete im britischen Parlament. Im Gegensatz zu anderen Parlamentarier*innen behält sie nur einen Durchschnittslohn und spendet den Rest ihres Gehalts. Zu Beginn der Corona-Krise kehrte sie zu ihrem vorherigen Job als Altenpflegerin bei der NGO Extra-Care zurück. Dort kritisierte sie den Mangel an Schutzausrüstung

für Mitarbeiter*innen auf. Ihr Boss kündigte sie daraufhin. Während die Labour-Führung sie hängen lässt, kämpft Socialist Alternative (ISA in Britannien) für ihre Wiedereinstellung, sowie für ausreichende Schutzausrüstung und bessere Arbeitsbedingungen für alle, die in diesem Sektor arbeiten, und für die Verstaatlichung des kompletten Gesundheitsbereichs.

www.socialistparty.net



Österreich nach 1945: Kein schöner Land...

Die „Auferstehung“ Österreichs nach 1945 wurde von Anfang an verklärt – die Darstellungen reichen von der angeblichen Opferrolle Österreichs im Nationalsozialismus bis

Europa und auch die politische Gefahr in Form der Sowjetunion – denn diese stellte eine, wenn auch extrem entstellte, Systemalternative dar. 1948–1952 zahlten die USA im Rah-

nenswerten Widerstand mehr – die Einheit der österreichischen Nation war ihr politischer Dreh- und Angelpunkt. Schon im Kampf gegen den Faschismus berief sich die KPÖ vor

Frauen jedoch zunehmend aus dem Erwerbsleben gedrängt und an Heim und Herd gekettet. Der Mythos der „Trümmerfrauen“ entstand erst später und kehrte diesen Rückschritt unter den Tisch.

te die ÖGB-Bürokratie ihre Machtbasis und den institutionellen Klassenkompromiss der Sozialpartnerschaft auf dem Rücken der Arbeiter*innen.

1950 wollte eine Regierungskoalition aus SPÖ und ÖVP, unterstützt von Unternehmen, Medien und Gewerkschaftsführung durch das 4. Lohn-Preis-Abkommen massive Preissteigerungen (u.a. Mehl +64%, Zucker +34%, Brot +26%) durchsetzen. Sowohl die undemokratische Form – geheime Verhandlungen der Sozialpartner – als auch der unsoziale Inhalt dieser Maßnahmen führten zu Widerstand und der größten Streikwelle in der Geschichte der 2. Republik. Um die Streikwelle zu unterdrücken, wurde der Mythos eines Putsches der KPÖ erfunden – die KPÖ wurde somit zum Opfer der von ihr propagierten „österreichischen Identität“. Die letztlich verlorenen Oktoberstreiks waren der Höhe- und Endpunkt des Widerstands gegen die Vorboten des Kalten Krieges: Kapitalistische Restauration, Westintegration Österreichs, Rechtsruck der SPÖ und Reintegration der Faschist*innen.

Stefan Brandl

Kapitalistischer Wiederaufbau und „Burgfrieden“ statt konsequentem Antifaschismus und Systemwechsel.

zur Legende vom gemeinsamen Aufbau. Insbesondere jetzt, wo etablierte Parteien den „nationalen Schulterschluss“ fordern, um ihr System in der Krise aufrechtzuerhalten, ist der Nationalmythos von 1945ff wieder aktuell. Die Realität sah jedoch anders aus.

Österreich wurde 1945 von außen und nicht aus eigener Kraft befreit. In der Moskauer Deklaration von 1943 wurde bereits von Österreich als „erstem Opfer“ des Nationalsozialismus gesprochen. Das war der denkbar beste Rahmen für die geschlagene Bourgeoisie in Österreich. 1946 hat das Außenministerium das „Rot-Weiß-Rot-Buch“ herausgegeben, um die Opferthese weiter zu untermauern.

Nach Ende des Krieges fürchtete das Kapital in den USA um die jetzt zerbombten Absatzmärkte in

men des Marshallplans Milliarden-Unterstützungen an Österreich, um ihren politischen Einfluss zu stärken und den der Sowjetunion einzudämmen. Die konsequente Entnazifizierung wurde dem kapitalistischen Wiederaufbau untergeordnet. Denn dieser funktionierte eben nur mit der Wiedereinbindung (ehemaliger) Nazis – die USA holten sich dabei auch selbst viele Nazi-Wissenschaftler*innen. Nicht nur im „Verband der Unabhängigen“ (VdU – Vorgängerpartei der FPÖ) fanden sich ehemalige Nazis wieder. Auch alle anderen Parteien buhlten um sie. Viele machten auch „unabhängig“ als Dozent*innen an Unis, Journalist*innen oder Unternehmer*innen Karriere.

Die KPÖ leistete gegen all das nicht nur keinen nen-

alles auf die österreichische Nation. Damit ignorierte sie die Klassennatur des Faschismus. Die KPÖ stellte die österreichische Nation über den Sturz des Kapitalismus. Die von der KPÖ zuvor pseudowissenschaftlich argumentierte „österreichische Identität“ entwickelte sich aber erst nach 1945 mit dem Wirtschaftsaufschwung und mit der politischen Stabilität (ohne KPÖ in der Regierung) – nämlich als ideologische Waffe, als durch die politische Konkurrenz der Sowjetunion für das österreichische Kapital der Antikommunismus zum zentralen Bestandteil der neuen propagierten österreichischen Identität wurde.

Frauen leisteten einen großen Teil der Arbeit nach 1945, sowohl in den Fabriken wie auch in den Haushalten. Mit der Rückkehr der Männer wurden die

Das Wirtschaftswachstum fand auf dem Rücken der Arbeiter*innenklasse statt – der ÖGB wurde nicht als kämpferische Gewerkschaft gegründet, sondern als staatstragender Verhandlungspartner der noch schwachen Kapitalist*innenklasse. Der ÖGB entstand 1945 überparteilich (SPÖ, ÖVP, KPÖ) und erst nach drei Jahren, wo die politische Ausrichtung und die Strukturen schon feststanden, wurde 1948 der erste Kongress abgehalten; die „normalen“ Mitglieder konnten keinen Einfluss auf die Gestaltungen nehmen. Im selben Jahr streikten die Schularbeiter*innen und gründeten unabhängige Streikkomitees. Ihre Forderungen nach Verbesserungen hinterging die ÖGB-Führung in einem Hinterzimmer-Kompromiss mit den Bossen, und ihre Forderung nach gewerkschaftlicher Demokratie wurde gleich ganz ignoriert. So festig-

Fünf Gründe, warum...

1 Corona verdeutlicht, wer wirklich die Leistungsträger*innen sind. Berufsgruppen, bei denen vorher ständig gespart wurde, bzw. die als zu großer Kostenfaktor betrachtet wurden, sind auf einmal sogar offiziell

*...wir weder Chefs noch Manager*innen brauchen.*

systemrelevant. Wichtige Arbeit haben sie ohnehin schon immer gemacht.

2 Sicherheitsvorkehrungen und Maßnahmen kamen in den meisten Betrieben verspätet. Anstatt zuerst mit Belegschaft und Betriebsrat zu beratschlagen, was zu tun ist und erst dann weiterzuarbeiten, hink-

ten die Maßnahmen den Ereignissen hinterher, um den Betrieb möglichst lange aufrecht zu erhalten. Weltweit (auch in Österreich) mussten die Beschäftigten sich die nötigen Vorsichtsmaßnahmen sogar erkämpfen.

3 Kapitalist*innen leisten sich eine große Zahl an Handlangern, die die Beschäftigten unter Kontrolle halten und diese spalten sollen. Diese Verschwendung an Arbeitskraft bietet enormes Potential für eine Arbeitszeitverkürzung.

4 Auf Schutz vor Verletzungen wird durchaus ein Au-

genmerk gelegt. Aber nicht aus Sorge um die Beschäftigten, sondern zur Vermeidung von Krankenständen. Umgekehrt werden langfristige gesundheitliche Probleme und körperlicher Verschleiß durch problematische Arbeitsbedingungen und Überarbeitung sehr wohl in Kauf genommen.

5 Umwelt- und Klimaschutz scheitern nicht an der menschlichen Vernunft, sondern am Kostenfaktor, den keinE Kapitalist*in freiwillig zahlt – außer es lässt sich fürs Image gut vermarkten. Umgekehrt kommen Verbesserungen für Sicherheit, Effizienz und Nachhaltigkeit häufig aus der Belegschaft – die weiß nämlich nicht nur was sie braucht, sondern auch, wie es geht!

Thomas Hauer

Vor 70 Jahren...



... begann der Korea-Krieg. Eine zentrale Rolle spielte dabei die UNO – fernab davon, eine Kraft für den Frieden zu sein, war sie das Organisationszentrum des Imperialismus, vor allem des US-amerikanischen. Dieser wollte sein Marionettenregime im Süden nutzen, um das ganze Land einzunehmen. Die UNO unterstützte ihn dabei. Das UNO-Oberkommando hatte übrigens der verrückte General McArthur, der 34 Atombomben abwerfen wollte. Auch ohne Abwurf kam es zu ca. 4,5 Millionen Toten – mehr als die Hälfte davon in Nordkorea. Auf den Trümmern, die der imperialistische Krieg zurückließ, konsolidierte sich in der Folge Kim Il Sung's stalinistische Diktatur.

Sozialistische LinksPartei Wofür wir stehen

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte.
- Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschaftlerInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

